Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,30 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 31. Mai 1928 — Nummer 125

Hindenburg ruft seinen Löbe

Heute Verhandlungen über die Regierungsbildung

Der Hamburger Koalitionssenat schützt den Stahlhelm-Aufmarsch

Der Stahlhelm des Schnapsbrenners Seldte und seiner großkapitalistischen Hintermänner will am 2. und 3. Juni nach dem Muster seines Aufmarsches vom 8. Mai 1927 in Berlin, „Hamburg erobern". Großartige Vorbereitungen dazu sind getroffen. Mit einigen Dutzend Sonderzügen, die von den schwerindustriellen Geldgebern des Stahlhelm bezahlt werden, sollen die Faschisten und die verblendeten Proletarier im Stahlhelm nach Hamburg gebracht und dort auf die Arbeiterstadt losgelassen werden.

Seit vielen Wochen hat die Kommunistische Partei Hamburgs zur Gegenaktion aufgefordert. Sie hat hingewiesen auf die innen- und außenpolitische Bedeutung des Aufmarsches der Bürgerkriegs- und imperialistischen Kriegsreserve. Sie forderte von der sozialdemokratisch-demokratischen Hamburger Koalitionsregierung zunächst das Verbot der offenkundigen Provokation der Hamburger Arbeiter. Der Koalitionssenat mit seinen 8 SPD-Senatoren dachte nicht daran diese von den Hamburger Betrieben unterstützte Forderung anzunehmen. Im Gegenteil. Für den Stahlhelmtag ist vom Polizeisenator, Sozialdemokraten Schönfelder, alles nach dem Muster seines großen Freundes Zörgiebel zum Schutz bereitgestellt, was der Hamburger Senatsapparat bieten kann. Mit der Berufung auf die „demokratischen Rechte" wurde die Ablehnung der Arbeiterforderung und die Unterstützung des Faschistenaufmarsches begründet. Die KPD wandte sich daraufhin an die Gewerkschaften und forderte sie auf, ihrerseits dem Stahlhelmaufmarsch entgegenzutreten. Unsere Partei forderte mit den Hamburger Arbeitern den Streik für den 2. und 3. Juni. Der Hamburger ADGB, der bekanntlich die Geburtshilfe für den Koalitionssenat geleistet hat, lehnte ab. Die Kommunisten Hamburgs riefen daraufhin die Hamburger Arbeiter von sich aus zu einer Gegenkundgebung für den 1. Juni auf. Eine mächtige politische Demonstration sollte zeigen, wie die Hamburger Arbeiter zum Stahlhelmfaschismus stehen.

Daraufhin aber leistete sich die Hamburger Koalitionsregierung ihr bisher stärkstes Stück. Sie, die den Stahlhelmaufmarsch nicht nur nicht verboten, sondern begünstigt hatte — **verbot die Gegendemonstration der Arbeiter.**

Diese ungeheuerliche Haltung einer Koalitionsregierung muß im ganzen Reiche den sozialdemokratischen Arbeitern zur Kenntnis gebracht werden. Sie beweist, was die 12½ Millionen Wähler, die am 20. Mai antikapitalistisch stimmten, zu erwarten haben, wenn es der sozialdemokratischen Parteileitung gelingt, den Willen ihrer 9 Millionen in eine verräterische Koalitionsregierungsbildung mit der Bourgeoisie umzumünzen. Das Verbot zeigt, daß Sozialdemokratie und Stahlhelm nicht nur in den wichtigsten politischen Fragen der Außen- und Innenpolitik eine Linie haben, sondern daß die Sozialdemokratie in ihrer Koalitionspolitik auch die direkte Mobilisierung und Organisierung des Faschismus unterstützt. Wieder einmal ist die Einheitsfront von Schwarzrotgold und Schwarzweißrot durch ein besonders trauriges Exempel bewiesen. Damit aber können die Arbeiter sich nicht begnügen. Das Verbot in Hamburg wird die Hamburger Arbeiter so wenig davon abhalten, den Stahlhelm Spießruten laufen zu lassen, wie vor einem Jahre die Berliner Arbeiter sich nicht durch Zörgiebel abhalten ließen, zu beweisen, daß die Kapitalistenknechte im roten Berlin nichts zu suchen haben. Es gilt aber nicht nur für Hamburg die Losung: „Keine Unterstützung, kein Obdach, keinen Schluck Wasser für den Stahlhelm", es gilt im ganzen Reiche dem von der Koalitionsregierung unterstützten Aufmarsch der Streikbrechergarde Abbruch zu tun. In den deutschen Bezirken, insbesondere in den Arbeiterstädten, die vor einer Woche der Abfahrt der Roten Frontkämpfer nach Berlin zugejubelt haben, muß dem Stahlhelm bei seinem Abtransport bewiesen werden, wie die Arbeiter über ihn denken. Die Verkehrsarbeiter, die mit aller Sympathie die Reise der Roten Frontkämpfer unterstützten, müssen unzweideutig zum Ausdruck bringen, daß die Arbeiterfeinde des Faschistengesindels vom Stahlhelm von ihnen keine Hilfe erwarten dürfen.

Nach dem 20. Mai und nach dem gewaltigen Aufmarsch der Roten Front zu Pfingsten in Berlin werden die deutschen Arbeiter die Stahlhelmprovokation nur noch unwilliger hinnehmen. Daß sie überhaupt aller Wahrscheinlichkeit nach die Demonstration nicht vollkommen werden verhindern können, liegt ausschließlich an der schwarzrotgoldenen Koalitionspolitik der Stahlhelmfreunde des Hamburger Senats und der Koalitionsfront im Reiche. Gegen sie gilt es den politischen Massenkampf zu entfalten.

Nieder mit der Einheitsfront der schwarzrotgoldenen Koalitionsbrüder und ihres Stahlhelms!

Arbeiterdemonstration verboten

Hamburg, 31. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Der sozialdemokratische Polizeisenator Schönfelder hat in Uebereinstimmung mit einem Senatsbeschluß die für Freitag den 1. Juni angekündigte Gegendemonstration der KPD und des RFB gegen den Stahlhelmaufmarsch ohne Angabe von Gründen verboten. Die übliche Begründung der unmittelbaren Gefahr für die öffentliche Ordnung kann für dieses provokatorische Verbot der Arbeiterdemonstration am Freitag nicht maßgebend sein, da ja bekanntlich die Demonstration des Stahlhelms erst am Sonntag stattfinden soll. Der Sozialdemokrat Schönfelder hat diesmal jede „Begründung" unterlassen.

•

Das Verbot der proletarischen Gegendemonstration in Hamburg ist durchaus in der Linie der SPD-Führer im Bestreben nach der Großen Koalition im Reich. Die Hamburger Arbeiter haben bereits vergangene Woche in zahlreichen Betrieben ihren entschlossenen Abwehrwillen gegen die Seldtegarde bekundet.

Das gestrige 8-Uhr-Abendblatt in Berlin meldet, daß der Stahlhelm angesichts des Massenprotestes am kommenden Sonntag mit der Polizei eine Vereinbarung getroffen hat, den Aufmarsch auf Montag zu verlegen, da sich an diesem Tage die Arbeiter größtenteils in den Fabriken befinden. Sollte sich diese Meldung bewahrheiten, so würde das die Feigheit und Angst des Stahlhelms vor der abwehrbereiten Arbeiterschaft Hamburgs drastisch zeigen. Um so erbärmlicher ist Schönfelders Verbot.

Löbe & Stresemann

Die Koalitionsfirma des neudeutschen Imperialismus

Der Reichspräsident v. Hindenburg hat, wie die Berliner Morgenpresse meldet, den Reichstagspräsidenten Paul Löbe für heute vormittag zu Besprechungen über die Neubildung der Reichsregierung zu sich berufen. Mit dem Empfang Löbes bei Hindenburg sind die ersten offiziellen Verhandlungen über die Bildung der neuen Regierung eröffnet.

Die gestrige Abendausgabe des Vorwärts erklärt zu dem Empfang Löbes bei Hindenburg, daß zunächst nicht anzunehmen sei, daß die Verhandlung um die Bildung des neuen Reichskabinetts sofort ein rasches Tempo annehmen würden. Endgültige Entschlüsse könnten erst gefaßt werden, wenn die Fraktion des Reichstages, deren Zusammensetzung amtlich noch gar nicht feststehe, ihre Arbeit aufgenommen habe. Die Sozialdemokratie aber sei auf jeden Fall bereit, die Verantwortung zu übernehmen und den „Willen des Volkes" zu beachten. Das ist die offene **Bereitschaftserklärung zu einer Regierung der Großen Koalition,** die der Vorwärts bereits am 27. Mai mit folgenden Worten aussprach:

„An endlosen Verhandlungen über Richtlinien, Punktationen, Sicherungen, Garantien, Forderungen und Gegenforderungen, an Ministerlisten, die veröffentlicht und alsbald wieder dementiert werden, an „Krisen in der Krise" und „Krisen im Kreise" hat außer den Schadenfrohen niemand ein Interesse. Auf großartige Versprechungen, von denen man nicht weiß, ob sie gehalten werden, wird im Lande draußen verzichtet. **Jedermann weiß: wie die Dinge heute liegen, muß eine Regierung gebildet werden, die aus sehr verschiedenartigen Teilen zusammengesetzt ist und in der es nicht immer leicht sein wird, einen Ausgleich zwischen den einander widersprechenden Anschauungen zu finden.** Ob der Versuch gelingt oder ob er mißlingt, wird vor allem von den Persönlichkeiten abhängen, die die neue Regierung bilden werden. Sie allein können den Parteien die dauernde Garantie dafür bieten, daß sie mit der Geltendmachung ihrer Ansichten im neuen Kabinett nicht zu kurz kommen werden. **Durch die Wahl der richtigen Personen wird mehr erreicht als durch wochenlanges Verhandeln."**

Hindenburg hat sich nun den geeigneten Mann kommen lassen. Die SPD geht wieder zu Hindenburg. Paul Löbe, der noch während des Hüttenarbeiterkampfes mit raffiniert demagogischer Phrase „Enteignung der Trustmagnaten" forderte, wird die große „Volksgemeinschaft" der SPD-Führer mit den schwerindustriellen Scharfmachern der Volkspartei aus der Taufe heben. So entpuppen sich die radikalen Schwätzer jedem Arbeiter sichtbar als das, was sie in Wirklichkeit sind: raffinierte Betrüger. Oder, wird die Dr. Volksz., um den Arbeitern die Bildung einer Regierung der Großen Koalition schmackhaft zu machen, jetzt erzählen, daß die SPD die Enteignung der Trustmagnaten in den Koalitionsregierung in der Zusammenarbeit mit der Partei der Schwerindustrie erreichen wolle?

Die sächsische SPD-Presse nimmt zur Frage der Regierungsbildung eingehend Stellung. Die Chemnitzer Volksstimme sowohl als auch das Sächsische Volksblatt veröffentlichen einige Artikel, auf die näher einzugehen, behalten wir uns vor. Eins aber sei gesagt: die Kapitulation der sächsischen wortradikalen SPD-Führer vor Wels und Konsorten ist vollkommen. Für Max Seydewitz ist die Regierungsbeteiligung selbstverständlich nur eine taktische Frage. Diese grundsätzliche Stellung beziehen auch die übrigen Blätter und bekennen sich damit zu der auf dem Kieler Parteitag gefaßten Resolution, in der es heißt: „Die Entscheidung über die Teilnahme an der Regierung ist eine taktische Frage, deren Beantwortung nicht durch bestimmte Formel ein für allemal festgelegt werden kann."

Inzwischen hat der Parteivorstand durch den SPD-Pressedienst erklären lassen, daß die Einberufung eines Parteitages, wie sie verschiedenfach von der linken SPD-Presse gefordert wurde, nicht in Frage kommt. Der Parteiausschuß tagt am 6. Juni in Köln und wird die Beteiligung an einer großen Koalition beschließen. Die Linie des Parteiausschusses kündigt u. a. der berüchtigte Berliner Sozialdemokrat Sollmann, Mitglied des Parteivorstandes, weiland Mitglied der Koalitionsregierung, die den Reichswehreinmarsch in Sachsen auf dem Gewissen hat, in einem Aufsatz an, der durch die ganze sozialdemokratische Presse geht. Dieser Aufsatz trägt den Titel: „Regieren!" Besser konnte auch das einzige Ziel der neuen politischen Stimmen-Partei mit einem Worte nicht gekennzeichnet werden. In diesem Aufsatz wird unzweideutiger als je vorher dieses Ziel der sozialdemokratischen „Arbeiter"-Politik ausgesprochen. „Um die Staatsgewalt, die Junker oder wir in den Reichsämtern. Kendell oder Severing — das war die Entscheidung . . . (der Reichstagswahl)" !! Nachdem so Herr Sollmann klarer als dies je von den Kommunisten formuliert worden war, öffentlich eingesteht, daß die sozialdemokratische Parteiführung den Wahlkampf geführt hat um Ministersessel, verhöhnt er nachträglich den Wählern, deren Demonstration „den Auftrag der Wähler an die Partei

Eine Arbeiterkolonne vom elektrischen Schlage getroffen

Vier Schwer-, zehn Leichtverletzte

Landau, 30. Mai. (WTB.)

Nahe dem städtischen Elektrizitätswerk ereignete sich heute vormittag gegen 9,30 Uhr beim Verlegen eines neuen Starkstromkabels ein schweres Unglück. Eine dreißig Mann starke Arbeiterkolonne schleppte das neue Speisekabel auf dem Rücken der Einlaufmündung des städtischen Elektrizitätswerkes zu. Dabei berührte das eine Ende des Kabels die mit 5000 Volt gespeiste Hochspannungsfreileitung. Die Arbeiterkolonne wurde zu Boden geworfen. Vier verheiratete Arbeiter aus Landau erlitten schwere Brandwunden, sie wurden mit zehn leichter verletzten Kollegen ins Krankenhaus gebracht.

Der Besonnenheit des das Kabelende an erster Stelle tragenden Arbeiters, der das Kabelende noch wegreißen konnte und dabei bewußtlos zusammenbrach, ist es zu verdanken, daß kein noch schwereres Unglück geschah.

SLUB
Wir führen Wissen.